

Der Netzwerkrat stellt folgenden Antrag an die MV in Leipzig:

Der zukünftige Netzwerkrat wird beauftragt, folgendes kurzes Schreiben an die Parteivorstände derjenigen Parteien, die KandidatInnen für die Bundestagswahl nominieren, zu übermitteln:

"Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl folgende Forderung aufzunehmen:

Wir wollen ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen einführen,

- das existenzsichernd ist und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht,
- auf das ein individueller Rechtsanspruch besteht,
- das ohne Bedürftigkeitsprüfung und
- ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen

garantiert wird. Das Grundeinkommen soll dazu beitragen, Armut und soziale Notlagen zu beseitigen, den individuellen Freiheitsspielraum zu vergrößern sowie die Entwicklungschancen jedes Einzelnen und die soziale und kulturelle Situation im Gemeinwesen nachhaltig zu verbessern. (Präambel der Statuten des Netzwerks Grundeinkommen)

Wir bitten Sie weiterhin, in Ihrem Wahlprogramm folgende Forderungen aufzunehmen:

"Wir setzen uns im Bundestag mit Beginn der kommenden Legislaturperiode für die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum bedingungslosen Grundeinkommen ein. Außerdem befördern wir uneigennützig einen BürgerInnenkonvent zum bedingungslosen Grundeinkommen wie oben beschrieben, der die Arbeit der Enquete-Kommission kritisch begleitet. Darüber hinaus unterstützen wir die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wie oben beschrieben per bundesweiten Volksentscheid. Das bedeutet auch, dass wir uns für die gesetzliche Verankerung eines Volksentscheids auf Bundesebene im Deutschen Bundestag mit Beginn der kommenden Legislaturperiode einsetzen."